

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementpreis 0,85 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Gewerkschaften
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vierhundert)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 20 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 29.

Berlin, Sonnabend, 9. April 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1909. — Eine Ausgabe des Verbandstages. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1909.

I.

Wie es so mandem brauchbaren Gedanken geht, so ging es den Rechtsberatungsstellen für Kinderbrennwerke: sie werden geboren, finden zunächst wenig Freunde, ja scheinen fast unterzugehen, bis nach Jahren, oft nach Jahrzehnten der Gedanke sich die Welt erobert und anerkannt wird. Und alle Menschen glauben dann, es wäre wohl immer so gewesen, obgleich sie selbst vielleicht noch wenige Jahre vorher andere Anschauungen vertreten. Heute gründet man allwege Rechtsberatungsstellen. Ihre Zahl vermehrt sich fast täglich. Ein gewaltiger Unterchied liegt zwischen der Zeit, die zum erstenmal den Gedanken öffentlicher Rechtsberatung hervorbrachte, und der Gegenwart. Am 29. August 1869, in der ersten Blütezeit der Gewerksvereinsentwicklung, als Ortsvereine täglich aus dem Boden schossen, traten in Gleiwitz die ober-schlesischen Ortsvereine der Gewerksvereine zu einer Konferenz zusammen. In einem Bericht darüber in Nr. 16 des „Gewerksverein“ 1869 heißt es: „Nach einer längeren Diskussion über die Art und Weise des Rechtsschutzes resp. Errichtung eines Zentralbureaus mit einem juristischen Ratgeber für alle ober-schlesischen Vereine . . . kam man endlich dahin überein ein Zentralbureau in Gleiwitz zu errichten und Herrn Becker mit der Führung desselben zu betrauen. Derselbe nahm die Wahl dankend an und erklärte sich bereit, alle Tage des Vormittags Ratsschläge zu erteilen.“ Soweit wir sehen, wurde damit zum erstenmal die Rechtsauskunft für Arbeiter zu einem Amt gemacht. Im Brinjaw war der Gedanke der Arbeitersekretariate fertig. Nur wagte man noch nicht recht, einem Arbeiter die Leitung zu übertragen. Heute, d. h. im Jahre 1908, bestanden laut „Rechtswörterbuch“ folgende Rechtsauskunftsstellen und Arbeitersekretariate:

- 98 Rechtsauskunftsstellen der Staaten oder Gemeinden.
- 28 Gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen von Vereinen.
- 171 dem Verbands der unparteiischen Rechtsauskunftsstellen angeschlossene Vereine.
- 76 Rechtsauskunftsstellen der Frauenvereine.
- 103 sozialdemokratische Arbeitersekretariate.
- 157 sozialdemokratische Auskunftsstellen.
- 50 Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen der Gewerksvereine.
- 118 katholische Arbeitersekretariate und Volksbureaus.
- 29 katholische Arbeitersekretariate (Sitz Berlin).
- 9 evangelische Volksbureaus.
- 18 nationalliberale Auskunftsstellen.
- 6 Auskunftsstellen des Reichverbandes gegen die Sozialdemokratie.

858.

Dazu treten noch eine große Zahl ähnlicher Einrichtungen, die 1908 noch nicht von der Statistik erfasst wurden.

Innerhalb der Gewerksvereine bestanden zu Anfang 1910 neun Arbeitersekretariate gegen acht im Vorjahre und das Hauptsekretariat Berlin. Neugegründet wurde Bremen. Es bestanden 27 Rechtsauskunftsstellen gegen 25 im Vorjahre. Aufge-

hoben wurden die Stellen in Zabrze und Hagen, neugebildet die Stellen in Breslau, Stettin, Elm und Wanne. Auskunftsbureaus bestanden 21 gegen 17 im Vorjahre. Neugebildet wurden Großenhain, Görlitz, Hagen, Blauen und Thorn. Eingegangen ist Quedlinburg. Das sind zusammen 58 Verteilungsgelegenheiten, gegen 50 in 1908 und 39 in 1907. Für das Jahr 1907 wurde erstmals eine Statistik über unsere Rechtsberatungsstellen veröffentlicht. Seitdem ist nicht nur die Statistik vollkommener durchgebildet worden, sondern es hat auch eine erhebliche Ausdehnung der Stellen stattgefunden. Man beginnt der Frage mehr Interesse zu schenken.

Die besten Einrichtungen sind natürlich die eigens zur Rechtsberatung errichteten Arbeitersekretariate mit einem angestellten Beamten. Sie erfordern jedoch eine jährliche Aufwendung von mindestens 3000 M. In Rücksicht auf die Ausgaben für Versagationsbeamte erheischt das eine große Opferwilligkeit der Mitglieder. Es bedarf keiner Frage, daß auch ein Teil der Arbeitersekretariate die Kinderkrankheiten einer ungesicherten Finanzierung noch nicht überwinden hat und noch darunter leidet. Wo man Arbeitersekretariate errichtet, muß man mit mühsamer Berechnung an die Vorarbeiten herangehen. Mit Surratimmung sich über die Schwierigkeiten hinwegsetzen, rächt sich in der Regel später recht unangenehm. Andererseits gibt es mehrere Orte in Deutschland, in denen die Möglichkeit der Sekretariatsbildung für uns wohl bestände, die es aber bisher an dem Willen und der Energie fehlen ließen, um zur Gründung zu kommen. Mit dem Eintritt der besseren Konjunktur tritt man dort hoffentlich entprechenden Plänen näher. Die Auskunftsbureaus, die ja nebenamtlich von einem Mitgliede versehen werden, das noch im Arbeitsverhältnis steht, haben sich, nach der Zahl der erteilten Auskünfte zu urteilen, nur teilweise eine nennenswerte Stellung an ihrem Orte verschafft. Wenn auch natürlich eine solche unter Schwierigkeiten verfehene Stellung nicht über einen bescheidenen Umfang hinaus wachsen kann, so scheint uns doch, als wäre eine erhebliche Mehrleistung zu erzielen.

Die Schwierigkeit scheint bei vielen Einrichtungen dieselbe zu sein: es fehlt an einer öffentlichen Werbung für unsere Rechtsschutz-Einrichtungen. Es genügt nicht, daß ein Arbeitersekretariat besteht, sondern man muß auch für Bekanntmachung sorgen. Unter den dazu möglichen Mitteln gibt es einige, die überall von allen Auskunftsstellen benutzt werden können und müssen. Dazu gehört zunächst ein geeignetes, an der Straßenseite der Wohnhäuser angebrachtes Schild, damit ein vorübergehender Interessent weiß, wo er Rat findet. Zweitens hänge man gedruckte Plakate in befreundete Wirtschaften, Zigarrenschäfte und Freizeitanlagen. Drittens bediene man sich der befreundeten Presse. Wo man sie höflich bittet, wird sie meist bereit sein, ein kleines Inserat laufend kostenlos zu bringen. Ferner muß man von Zeit zu Zeit den Bericht der Auskunftsstellen in der Presse veröffentlichen. In den Ortsvereinsversammlungen muß öfter auf die Rechtsberatung hingewiesen werden. Jedenfalls man muß reden machen von der getroffenen Einrichtung und den Gedanken an sie wachhalten.

Im ganzen bietet der Bericht für 1909 ein äußerst günstiges Bild der Entwicklung unserer Rechtsberatung. Ihren Bericht sandten uns ein sämtliche Arbeitersekretariate. Von den Rechtsauskunftsstellen fehlen leider 3 Berichte, nämlich: Altona, Breslau (Tischler) und Bura. Bei den zwei ersten liegen die Urkunden wohl in besonders

starken Anforderungen für die Arbeit ihres eigenen Gewerksvereins. Bei Bura hatte ein Mißverständnis die Versammlung hervorgerufen, außerdem fehlt Berlin (Kaufleute) aus früher erörterten Gründen und Breslau (Masch.), weil die Stelle Monate hindurch unbelegt war. Verspätet, d. h. nach Abschluß der Tabellenwerke ging uns noch der Bericht von Kattowitz zu, dessen Zahlen wir nur noch im Text verwenden können. Die Auskunftsbureaus in Hamburg, Neuh., Roth, Sprottau und Weigensfeld sandten keinen Bericht ein.

Die berichtenden 51 Arbeitersekretariate usw. erteilten im Berichtsjahre insgesamt 26 429 Auskünfte gegen 15 332 in 1908 und 13 470 in 1907. Es ist also in drei Jahren eine Verdoppelung der Auskunftsziffer zu verzeichnen. Der Löwenanteil dieser Vermehrung entfällt auf die Arbeitersekretariate. Bremen und Frankfurt berichten diesmal zuerst, und besonders lehrreich weist eine erhebliche Ziffer auf. Auch Kaden hat einen starken Aufschwung zu verzeichnen. Von den Auskunftstellen entfielen auf die

Arbeitersekretariate	16 699
Rechtsauskunftsstellen	8 661
Auskunftsbureaus	1 069

Singularen sind noch 2432 Auskünfte der Rechtsauskunftsstelle Kattowitz, die ihren Bericht verspätet einlieferte.

Von den Auskunftsverlangenden waren 24 216 männlich und 2213 weiblich. Organisiert waren 20 217, unorganisiert 6212. Unter den Organisierten waren 18 907 Gewerksvereiner, 613 sozialdemokratische Gewerkschafter, 287 christliche Gewerkschafter und 410 Mitglieder anderer Verbände und Vereine. Mehr als ein Fünftel der Auskünfte entfallen allein auf Unfallversicherung, ein Drittel aller Auskünfte kommt auf Arbeiterversicherung überhaupt. Einzelzahlen sind aus unvollständiger Tabelle I zu ersehen. Verhältnismäßig hoch sind die erteilten Auskünfte aus der Stellenvermittlung mit 2237. Es ist oft genug betont worden, wie bei zweckmäßiger Organisation gerade auf diesem Gebiete noch mancher Erfolg zu erzielen wäre. 3292 Auskünfte wurden in Sachen des Steuerwesens erfordert. Diese Zahl zeigt, wie hoch die Unzufriedenheit mit den staatlichen Veranlagungen ist, da fast jede Auskunft eine Reklamation bedeutet. Von den insgesamt erteilten Auskünften waren 20 991 mündlich erfordert und 5438 schriftlich.

Wie sich die Auskünfte auf die drei verschiedenen Formen unserer Rechtsberatungsstellen erstrecken, möge man aus der Tabelle I ersehen.
(Schluß folgt.)

Eine Ausgabe des Verbandstages.

Wir in Norddeutschland sind, was die Agitation anbetrifft, viel schlechter gestellt als die süddeutschen Gewerksvereinskollegen. Oft vergehen Jahre, ohne daß irgend ein fremder Redner bei uns gesprochen hat. Dabei ist gerade Pomern ein Gebiet, wo noch viel Feld zu beackern ist und die Arbeiter noch viel Aufklärung über unsere Ideen und Bestrebungen gebrauchen können. Namentlich die kleineren Orte, die nicht direkt an den Hauptbahnlagen liegen, sind schwer benachteiligt. Oft erfahren sie gar nicht, wenn in einem benachbarten größeren Orte ein Redner vom Zentralrat oder Generalrat spricht, und daß selbst einer dorthin kommt, ist fast ausgeschlossen. Hier muß der Verbandstag Wandel schaffen. Die kleinen Vereine müssen ebenfalls wirksam unterstützt werden. Wenn nicht hin und wieder ein Redner dorthin kommt, ist kein Fortschritt zu erzielen, denn ein Redner aus den Orten selbst macht gewöhnlich keinen Ein-

druck; erscheint aber ein fremder, dann zieht das. Unsere Agitation könnte hier in Pommern, wo große Dörfer vorhanden sind, entschieden gefördert werden, wenn ein unabhängiger Beamter angestellt würde. Wie zweckmäßig dieser Plan durchzuführen ist, muß auf dem Verbandstage erörtert werden. Aber notwendig ist es, wenn wir nicht ins Sintertreffen gegen die Gewerkschaften kommen wollen.

Kinzel - Siedenbrünzow.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 8. April 1910.

Die Entscheidung über Krieg oder Frieden im Baugewerbe ist zurzeit noch nicht gefallen, wenn auch hier und da durch die vorgenommenen Kündigungen bereits Vorposten-Gefechte stattgefunden haben. Die Organisationen der Arbeiter haben unter vollster Würdigung des Ernstes der Lage die vom Arbeitsgeberverbande gestellten Bedingungen abgelehnt. Ihre Stimmung hat erkennen lassen, daß sie gewillt sind, den ihnen aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und mit aller Energie durchzuführen. Die entgültige Entscheidung liegt also nunmehr bei den Arbeitgebern, die am gestrigen Donnerstag zu den Ablehnungsbeschlüssen der Arbeitnehmer-Organisationen Stellung nahmen. Allzu groß sind die Hoffnungen nicht, die wir auf diese Beratungen setzen. Die bisherige schroffe Haltung der Unternehmer deutet darauf hin, daß man auf jener Seite eine Machtprobe will. Erfreulicherweise sind wenigstens die von uns und auch von anderer Seite ergangenen Aufforderungen an die Regierung zur Einleitung von Einigungsverhandlungen nicht vergeblich gewesen. Unter dem Vorhitz des Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück soll am Freitag, den 8. April, eine gemeinschaftliche Beratung mit den Vertretern der beiderseitigen Organisationen stattfinden. Es wäre wirklich im allgemeinen Interesse dringend zu wünschen, daß dieser Vermittlungsversuch von Erfolg gekrönt ist. Allzu groß, wie gesagt, sind unsere Hoffnungen in dieser Beziehung nicht. Wenigstens aber ist dann nichts unverzucht geblieben, um den drohenden gewaltigen Kampf zu verbieten. Enden die Verhandlungen am Freitag ebenfalls resultatlos, dann weiß die Öffentlichkeit, daß es lediglich die Uebermacht des im Baugewerbe vorhandenen Scharfsinnertums ist, die den unseligen Kampf heraufbeschworen hat.

Gegen das Reichstagswahlrecht richtet die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte einen scharfen Angriff. Das Bündlerblatt schreibt:

„Was das Reichstagswahlrecht anlangt, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Wahlrecht so ungerath und so unvernünftig ist wie nur möglich. Nur dann würde es den Forderungen der Billigkeit und der Vernunft entsprechen, wenn die wahlmündigen Männer sämtlich die Einsicht, das gleiche Verantwortungsgefühl und die gleiche Staatsgewinnung hätten. Aber wir müssen uns vorläufig mit dem Reichstagswahlrecht abfinden. Das Reich wurde neu geschaffen, das Wahlrecht war ein Versuch. Nur als einen solchen hat es Fürst Bismarck, der Schöpfer des Reiches, betrachtet, dessen wir in diesen Tagen gedenken. Uebrigens darf niemals vergessen werden, daß Fürst Bismarck nicht das geheime, sondern das öffentliche Wahlrecht wollte und sich nur schwer dazu verband, die geheime Wahl schließlich zu billigen. Wüsste ist es möglich gewesen, mit dem Reichstagswahlrecht schlecht und recht auszukommen. Es hat vorläufig keine erhebliche Gefährdung des ersten Staatsgesetzes herbeigeführt. Wie lange das noch der Fall sein wird, steht dahin. Wir fürchten, die Zeit wird bald genug kommen, in der die Gefährdung der Staatserhaltung durch das Reichstagswahlrecht so stark wird, daß man im Interesse der staatlichen Selbsterhaltung eine Aenderung vornehmen muß, die dann das kleinere Uebel unter allen Umständen sein würde.“

Es ist der Geist des Janusquaders, der aus diesen Säben spricht. Zu einer Zeit, wo allenthalben die Einführung des Reichstagswahlrechtes für die Bundesstaaten verlangt wird, erfrecht sich ein deutsches Blatt, die Beseitigung des Reichstagswahlrechtes für das Reich zu fordern. Dieser Vorgang ist der beste Beweis für die Annahme und den Uebermut, die in junkerlichen Kreisen herrschen und leider fortwährend gestärkt werden durch die Schwäche der Regierung.

Die Halbierung der Krankenkassenbeiträge, wie sie in dem Entwurfe der Reichsversicherungsordnung vorgesehen ist, wird bekanntlich von den Arbeiterorganisationen abgelehnt, während die Reichsregierung ohne diese Bestimmung die Reichsversicherungsordnung nicht verabschieden will. Da erscheint es interessant, wie ein in sozialpolitischen Dingen und namentlich auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung erfahrener Mann, Professor Stier-Somlo in Bonn, darüber denkt. Er schreibt in der „Köln. Zig.“:

„Und nun die Halbierung der Beiträge und Stimmen! Während bekanntlich bisher in den Kassen die Arbeitgeber 1/3 und die Arbeiter 2/3 der Beiträge gezahlt und die entsprechende Stimme geführt haben, ist jetzt eine Halbierung vorgesehen. Ich habe die allererheblichsten Bedenken. So schön und zweckmäßig vielfach die Parität im Arbeitsverhältnis ist, so hat man doch hier realen politischen Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Diese bestehen darin, daß die Krankenfürsorge der einzige Zweig der Sozialversicherung ist, der sich der Sympathie der Arbeiter im weitesten Sinne erfreut. Sodann hat man damit zu rechnen, daß das bisherige Beitrags- und Machtverhältnis bereits über ein Vierteljahrhundert besteht, und daß eine Aenderung hierin zum Entflammen der Leidenschaften beitragen muß, zumal hier der Widerstand von dem großen Gedanken der Selbstverwaltung getragen wird. Selbst dann, wenn Skatellen dafür geschaffen werden könnten, daß die Selbstverwaltung der Arbeiter nicht leidet, würde aus leicht verständlichen psychologischen Gründen Kampf, Erbitterung und Verbittertheit sich gegen diese Bestimmung richten.“

Auch Professor Stier-Somlo gibt zu, daß hier und da mit den vorhandenen Kasseneinrichtungen ein parteipolitischer Mißbrauch getrieben wird. Diesem Mißbrauch aber glaubt er auf andere Weise entgegenzutreten zu können. Jedenfalls ist es nach einer solchen Aeuerung eines objektiv urteilenden Mannes unerklärlich, wie die Regierung die Verabschiedung der Vorlage abhängig machen kann von der Halbierung der Beiträge. Vielleicht überlegt sie sich die Sache noch einmal!

Arbeiterbewegung. In verschiedenen Landes-teilen ist es im Baugewerbe bereits zum Konflikt gekommen. In Rheinland-Westfalen wurde bereits zahlreichen Bauarbeitern gekündigt. Dasselbe ist in Heidelberg und auch in verschiedenen Unterweserorten eingetreten. — In Mülhausen i. Elz. haben die Gipser und Stuckateure die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer jedes Entgegenkommen in Tarifverhandlungen abgelehnten. — In Mülhausen i. Elz. sind auch die Schneidergesellen in eine Lohnbewegung eingetreten. — Auf dem Delbrück-Schacht in Mafkosa i. O.-Schl. sind die Arbeitsbedingungen in letzter Zeit ständig verschlechtert worden, was dazu führte, daß 150 Schleppler in den Austausch traten. — Die angeordnete Aussperrung in den Textilbetrieben von Gronau ist zur Tatsache geworden. Die Zahl der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine sehr große. — In Görlitz ist ein Streik der Tapezierer-gehilfen ausgebrochen, da die Arbeitgeber die gestellten Tarifforderungen abgelehnt haben. — Die Löpfergesellen in Liegnitz haben nach kurzem Streik durch beiderseitiges Entgegenkommen eine Lohnerhöhung um 5 Prozent und nach Ablauf eines Jahres um weitere 4 Prozent erzielt. Auch einige andere Verbesserungen wurden gemährt.

In Mailand sind wegen Ablehnung ihrer Lohnforderung etwa 15 000 Maurer und Bauhilfsarbeiter in den Streik getreten. — Von einem schweren Ausstand ist die französische Hafenstadt Marseille betroffen worden. Die auf den dortigen Handelsdampfern beschäftigten Seeleute haben die Arbeit niedergelegt, und verschiedene andere Arbeitergruppen haben sich ihnen angeschlossen. Die Gefahr eines Generalstreiks, der auch auf andere Gassen übergreift, ist in bedenkliche Nähe gerückt. Der Handelsverkehr in Marseille liegt vollständig brach. Große Werte gehen dadurch verloren, daß leicht verderbliche Gegenstände infolge des herrschenden Regenwetters völlig unbrauchbar werden. Die Vermüthungen, Arbeitswillige zu gewinnen, sind bisher gescheitert, da es den Ausständigen immer gelang, die Streikbrecher zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen.

Ein Erfolg genossenschaftlicher Organisation gegen Kohlenvertreuer. Die Renscheider Kohlenhändler haben sich zu einem Ringe vereinigt, um den Kohlenkonsumenten höhere Preise für Kohlen abzuknöpfen. Obwohl seitens des Kohlenhandels keine Erhöhung der Kohlenpreise stattgefunden, wurde der Kohlenpreis um 20 bis 40 Pfg. pro 100 Kilogramm erhöht. Diejenigen Händler, die ein solches Treiben nicht glauben mitmachen zu können, sollten keine Kohlen mehr bekommen. Sie wurden in die Vereinigung zur willkürlichen Schröpfung der Kohlenkonsumenten hineingepreßt. Es ist klar, daß sich eine große Organisation der Konsumenten, wie es die Konsumgenossenschaft „Einigkeit“ mit ihren 7000 Mitgliedern ist, ein solch verwerfliches Verfahren nicht gefallen lassen konnte. Sie fand Mittel und Wege, Kohlen zu bekommen, soviel sie nur brauchte, und hat sich daher entschlossen, vom 1. April ab das Kohlen-geschäft in eigene Regie zu nehmen, um die Kohlen-konsumenten der Willkür der Kohlenhändlervereinigung zu entreißen. Das Resultat ist, daß die Kohlen nicht teurer, sondern billiger werden. Während sich die Händlervereinigung für 100 Kilogramm Hausbrandkohle 2,10 Mk., für Rußkohle 1,11

2,30 Mk. und Rußkohle IV 2,20 Mk. zahlen läßt, betragen die betreffenden Preise in der „Einigkeit“ nur 1,80 Mk., 1,90 Mk. und 1,80 Mk. Für alle anderen Sorten gilt das gleiche Verhältnis.

Dies Resultat lehrt recht eindringlich die fruchtbringende Tätigkeit und die Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation und sollte allen denen die Augen öffnen, welche der Konsumgenossenschaft noch fernstehen. Die Bedeutung des Konsumgenossenschaftlichen Vorgehens wird erst recht erkennbar, wenn man bedenkt, daß in Remscheid ca. 2500 Doppelladungen Kohlen allein für den Hauskonsum gebraucht werden. An jeder Doppelladung wollten die Händler ca. 30 Mark mehr verdienen wie bisher. Das ergibt für 2500 Doppelladungen die stattliche Summe von 7500 Mk. Diese 7500 Mark bleiben in den Taschen der Konsumenten, wenn sie sich der Konsumgenossenschaft anschließen. Jeder, der nachdenkt und der Sache noch fernsteht, wird wissen, was er zu tun hat.

Beseitigung der chinesischen Kuli-Arbeit in Südafrika. Die chinesischen Kulis zeichnen sich bekanntlich durch eine derartige Bedürfnislosigkeit aus, daß sie den deutschen Agrariern längst als das Ideal des Arbeiters gelten. Inzwischen auch starke Schattenseiten scheinen jener Mutterarbeiterschaft anzuhäufen. In den südafrikanischen Minenbezirken wurde es im Jahre 1904 gestattet, chinesische Kulis einzuführen. Von dieser Erlaubnis wurde ein so weitgehender Gebrauch gemacht, daß 2 Jahre später bereits 51 500 chinesische Arbeiter in Südafrika gezählt wurden. Bald aber stellte es sich heraus, daß die Chinesen nicht allein die Lohnhöhe, sondern auch die Sittlichkeit, den Gesundheitszustand und die allgemeine Kultur der Minenarbeiterschaft aufs schwerste gefährdeten und herabdrückten. Die Folge davon war, daß der Präsident Botha sich bemühte, jene schädlichen Elemente wieder vollständig aus Südafrika zu entfernen. Die königliche Verordnung, welche die Kulieneinfuhr gestattete, wurde bei ihrem Ablauftermin nicht wieder erneuert, und die letzten Chinesen mußten am 1. März d. J. Südafrika entgültig wieder verlassen.

Wir glauben trotzdem nicht, daß unsere Agrarier vor dem Versuch mit diesen billigen Arbeitern zurückzudenken würden. Denn ihnen geht der Profit über alles.

Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit soll, wie dem „Berl. Tagebl.“ aus London gemeldet wird, falls inzwischen nicht noch eine politische Krise eintritt, dem englischen Unterhause binnen kurzem vorgeschlagen werden. Es handelt sich dabei um eines von den sozialpolitischen Gesetzen, welche die liberale Regierung plant und zum Teil auch schon durchgeführt hat. Der Entwurf, der sich an das Gesetz über die Arbeitsnachweise anlehnt, wird von dem Präsidenten des Handelsamtes Sidney Buxton eingebracht werden und enthält folgende Hauptbestimmungen: Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen zu den Lasten der Versicherung bei. Die Arbeiter haben wöchentlich 5-6 Pence (rund 40-50 Pfg.) zu zahlen; der Staat zahlt nicht unerhebliche Zuschüsse. Das System beruht auf einer Versicherung nach den verschiedenen Berufsständen. Innerhalb dieser Berufsstände ist die Versicherung obligatorisch für sämtliche gelernte und nichtgelernte Arbeiter und Arbeitgeber. Die gezahlten Entschädigungen werden geringer sein als die von den Gewerkschaften heute gezahlten. Während einer Periode der Arbeitslosigkeit wird die Zahlung der Entschädigung wöchentlich erfolgen. Die in Betracht kommenden Gewerbe sind: Haus- und andere Bauten, Maschinenarbeiter, Maschinen- und Werkzeugfabrikation, Schiff- und Bootsbau, Fuhrwerksbau und Holzschneidewerk. Gewöhnliche Arbeiter, die in diesen Betrieben beschäftigt werden, sind eingeschlossen. Diese für eine Versicherung zunächst in Aussicht genommenen Gewerbe bilden eine Gruppe, in der nach den bisherigen Erfahrungen die Arbeitslosigkeit regelmäßig und dauernd eintritt. Sie stellt zu dem Kontingent der Arbeitslosen die Hälfte. Wenn der Arbeiter seine Beschäftigung verliert, so muß er seine Karte dem Arbeitsnachweise vorlegen, der in Verbindung mit dem Versicherungsamt ihm entweder Beschäftigung zuweist oder die Entschädigung zahlt.

Gewerkvereins-Zeit.

Berlin. Die vom Zentralrat zum 5. April einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung, die sich mit der Buttermolkereiarbeit beschäftigte, erfreute sich eines ungemein zahlreichen Besuches. Auch das weibliche Geschlecht war überaus zahlreich vertreten. Der Referent, Verbandsvorsitzender Kollege Goldschmidt, beschäftigte sich vor allen Dingen mit den Gründen, welche die jetzige Teuerung herbeigeführt haben und kritisierte scharf unsere verkehrte Wirtschafts- und Zoll-

politik, die nur darauf bezielt ist, einer kleinen Schar von Bevorzugten Vorteile auf Kosten der großen Masse zuzuwenden. Aber auch die Händler dürften nicht schuldlos sein an den gegenwärtigen Zuständen. Die Gründe, die von ihnen für die Preissteigerung geltend gemacht werden, widersprechen sich vielfach. Die Behauptung, daß Mangel an Viehfutter an der Preissteigerung der Butter schuld sei, trifft nur zum Teil zu. Denn es ist Tatsache, daß die gebräuchlichsten Futtermittel keine Preis-erhöhung in letzter Zeit erfahren haben. Das Bedenkliche an der ganzen Sache ist, daß eine einmal vorgenommene Steigerung der Preise meistens dazu führt, daß sie niemals niedriger werden. Die Folge ist dann, daß beim Steigen der wirtschaftlichen Konjunktur weitere Preis erhöhungen vorgenommen werden. Unter den jetzigen Verhältnissen sind überhaupt nur noch wenige Arbeiter in der Lage, Butter zu essen. Dieser geringe Konsum aber muß noch immer mehr eingeschränkt werden und schließlich zu einer Unterernährung breiter Volksschichten führen. Diese Wirtschaft können sich die Arbeiter nicht länger gefallen lassen. Sie müssen dagegen Front machen und das Mittel des Boykotts anwenden, um auf diese Weise die Nachfrage nach Butter zu verringern und eine Verbilligung herbeizuführen. Die Butterhändler aber haben alle Ursache, die Arbeiterkraft in diesem Kampfe zu unterstützen und vor allen Dingen mit dafür einzutreten, daß der Butterzoll von 20 Mark pro Doppelzentner sofort aufgehoben wird. — An den Vortrag knüpfte sich eine sehr rege Diskussion, die dadurch besonders interessant wurde, daß neben vielen Gewerkschaftskollegen auch der Landtagsabg. Dr. Müller-Sagan und Vertreter der Butterproduzenten und -Händler sich beteiligten. Das Ergebnis der Aussprache war, daß folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen wurde:

„Die heutige vom Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung verurteilt entschieden die abermalige enorme Verteuerung eines wichtigen Volksernährungsmittels. Die Versammlung fordert alle Butterkonsumenten auf, die Arbeiterkraft in ihrem Kampfe gegen die durch eine falsche Wirtschafts- und Steuerpolitik immer weiter um sich greifende Lebensmittel-verteuerung dadurch zu unterstützen, daß der Butterzoll für die nächste Zeit ganz eingestellt wird. Die Versammlung fordert die schleunige Aufhebung des Butterzoll von 20 Mark pro Doppelzentner. Von den Produzenten und Händlern von Buttererzeug (von Margarine usw.) erwartet die Versammlung, daß ihrerseits keine Verteuerung der Erzeugnisse vorgenommen wird.“

An alle unorganisierten Arbeiter aber ergeht die Aufforderung, sich den Berufsorganisationen anzuschließen, um sich in den Organisationen eine Macht zu schaffen, welche in der Lage ist, dem Arbeiter einen solchen Lohn zu sichern, daß es ihm möglich ist, bei teuren Zeiten wenigstens ein bescheidenes menschenwürdiges Dasein mit seiner Familie führen zu können.“

§ Defas. Ueber Bildung und politische Arbeit sprach am 15. März in einer von Ortsverbänden veranstalteten Versammlung Herr Landtagsabg. Pastor Baumeder, der in seinen einleitenden Worten auf die preußische Wahlrechtsvorlage hinwies, die neue Klassen schaffen und die Bildung größere Rechte einräumen wolle. Unter „Bildung“ sei in diesem Falle allerdings die Gesamtheit der akademischen Wähler zu verstehen, da alle diejenigen, welche die Preise zur Universität erworben haben, in eine höhere Wählerklasse aufrücken sollen. Das ist ungerechtfertigt, denn nicht immer hat derjenige die größere Bildung, der eine höhere Schule besucht hat. Viele große Männer haben ihre Bildung nicht auf die Schule zurückzuführen, sondern auf die Erziehung im Elternhause, namentlich durch die Mutter. Wahre Herzensbildung ist nur in der Familie zu erlangen. Das Universitätsstudium an sich ist meistens einseitig und kann eine umfassende Bildung überhaupt nicht vermitteln. Auch das Christentum mit seiner Sittentehre gewährt eine nicht zu unterschätzende

innere Bildung. Wahre Bildung kann nur derjenige sich aneignen, der richtig denken gelernt hat. Wer aber Bildung besitzt, der muß sich vor allem mit dem beschäftigt machen, was nicht nur ihm selbst, sondern die Allgemeinheit betrifft, und das ist das Staatsleben. Das allgemeine Wahlrecht, wie wir es in Deutschland besitzen, gibt die Möglichkeit dazu. Auch hier zeigt sich, daß höhere Schulbildung keineswegs die politische Reife bedingt. Auch Presse und Letztliche können dem Menschen auf diesem Gebiete helfen. Die Hauptfrage aber ist die eigene Urteilsfähigkeit, das klare, sachliche Denken. Damit hängt politische Reife in erster Linie zusammen, und es ist erfreulich, daß unser Volk in dieser Beziehung auf einer hohen Stufe steht. Man soll ihm nur durch ein besseres Wahlrecht in den Landtagen die Möglichkeit geben, dann wird sich bald zeigen, daß die große Menge des Volkes viel weiter fortgeschritten ist, als es scheint. An den Vortrag knüpfte sich eine längere Diskussion, in der mehrfach hervorgehoben wurde, daß viele Arbeiter viel mehr politische Reife und Bildung besitzen als sogenannte Akademiker. Für bessere politische Bildung kann vor allem: Durch den Unterricht in der Volksschule staatsbürgerlichen Unterricht einfließen. Die Bildungsfrage darf auf keinen Fall eine Selbstfrage bleiben, wie es heute der Fall zu sein scheint. Es schimmern in den minder bemittelten Kreisen Talente, die unentworfelt zugrunde gehen.
Ernst Flöter, Ortsverbands-Schriftführer.

Verbands-Teil.

An die Ortsverbände

Sendten wir Anfang März Fragebogen zur Feststellung der Ergebnisse der Beteiligung unserer Ortsverbände an den sozialen Wahlen. Es machte sich eine umgehende Beantwortung derselben notwendig, weil das Material dringend gebraucht wurde. Die Mehrzahl der Ortsverbands-Schriftführer kam diesem Ersuchen erfreulicherweise auch nach; leider fehlen aber andererseits noch heute die Fragebogen von einer Anzahl von Ortsverbänden.

Es ist dringend notwendig, daß alle Ortsverbände ihrer Pflicht nachkommen und die Fragebogen beantworten oder per Postkarte mitteilen, daß eine Beteiligung an den sozialen Wahlen nicht stattgefunden hat, damit die Ausstellung eine vollständige wird.

Nachstehende Ortsverbände müssen daher umgehend die Fragebogen einsenden:

- Anklam, Ansbach, Aßchersleben, Baun, Bremerhaven, Erlangen, Gera, Glogau, Gnesen, Gotha, Hannover, Hattingen, Insterburg, Jserlohn, Kattowitz, Königshütte, Labenburg, Langensalza, Mönchberg, Neustadt (Sardt), Neumied, Oßernhau, Regau, Prenzlau, Roth a. S., Rudolstadt, Schramberg, Schwerte-Westhofen, Senftenberg, Siegen, Spandau, Suhl, Boerde, Wanne.

Wir bitten die angeschlossenen Vereine und die Mitglieder dahin zu wirken, daß die Schriftführer der Ortsverbände nun auch ihre Pflicht erfüllen!

Berlin, den 6. April 1910.
Der geschäftsführende Ausschuss.
F. Neufeldt, Verb.-Sekretär.

Berichtsammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine NO., Herrnsfelderstraße 221/23. Mittwoch, 13. April. Vortrag d. Herrn Referendar Singer über: „Unsere Gerichtsverfassung: Schöffen und Geschworene usw. — G.-D. reiches Erbsuchen notwendig. Gäste herzlich willkommen.“
Gewerksvereins-Liederabend (G.-D.). Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Übungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste willkommen.
Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Sonnabend, 9. April, abends 8—10 Uhr Jagelabend bei Rabau, Waldstraße 58.

Orts- und Bezirksverbände.

Magen (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, Distrikterabend bei Reuther, Ecke Gartenamplatz und Filtcherstraße. — **Cottbus (Distrikterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinstraße 120. — **Duisburg (Distrikterklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Hofmann, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikterabend. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftsklub).** Jeden Montag, abds. von 9—11 Uhr im Verbandshaus, Kurfürstent. 29, Sitzung. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. — **Hamburg (Ortsverb.)** Jeden Mittwoch, abds. 8½ Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poststr., Distrikterabend. — **Jserlohn (Distrikterkl.).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Janer, Döhr. — **Köln (Distrikterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Water Kolping“, Eilbergasse. — **Königsberg i. Pr. (Distrikterkl.)** Sitzung jed. 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandshaus bei Sodat, Holzstr. 11. — **Leipzig (Gewerksvereins-Liederabend).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seebur. Str. 25, statt. Gäste und himmelbegabte Mitlieder sind herzlich willkommen. — **M.-Gladbach (Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 9 Uhr, b. Herrn Joh. Janzen, Krefelderstraße 333. Jeder Kollege herzlich willkommen. — **Mülheim a. Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Möller, Eardstraße 38. — **Oberhausen a. Umgegend (Ortsverb.).** Sonntag, 17. April, nachmittags 4 Uhr, wichtige Ortsverbandsversammlung bei Wirt Ritzberger, Oberhausen, Fallensteinstraße. Vortrag des Kolleg. Fritz Gassenberg-Düsselroff: „Unsere Presse“. — **Schwerte-Westhofen (Ortsverband).** Sonntag, 17. April, nachmittags 3 Uhr, Vertreter-Sitzung, nachdem Versammlung im Lokale des Wirtes Kähler, Berghofermarkt. — **Spremburg (Distrikterklub).** Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Bureau, Jägerstraße 6, Sitzung. Gewerksvereinsmitglieder sind herzlich willkommen. — **Stettin (Sängerchor der Gewerksvereine).** Die Übungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzlich willkommen. — **Tegel (Distrikterklub für Tegel, Postgasse und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Reiner, Berlinstr. 38. Gäste willkommen. — **Werkmannen a. Umgegend (Ortsverb.).** Sonntag, 10. April, nachm. 3 Uhr Vertreterversammlung in Eggen (Gasthof zur Rainbow). Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Vertreter notwendig. — **Weißenfels a. S. (Sejangsabteilung der Gewerksvereine).** Übungsstunde jed. Dienstag, abends 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schwerts haus“, Schwertsstraße. Sejangsabend Gewerksvereinskollegen sind willkommen. — **Weißenfels (Distrikterklub der Gewerksvereine).** Jeden Mittwoch 9—11 Uhr Sitzung im Rest. „Schwerts haus“.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1909

auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsagenossen und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einzahlung des Betrages.

N. B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Fahnen, Vereinsabzeichen,
Schärpen u. a. schönsten und billigsten bei
Th. Berkop, Oppeln 8.

Uedermünde und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten Reiseunterstützung. Karten hierzu b. Kollegen Ganschow, Uedermünde, Wallstraße 12, und Sonnemann, Zorneloh, Souffentstr. 3.

Lübeck (Ortsverband). Alle durch- und zureisenden Kollegen erhalten 75 Pfg. Lokalunterstützung bei den Ortsvereinskassierern, für die fehlenden Beträge beim Ortsverbandskassierer. Dasselbst werden auch Karten für die Herberge verabfolgt. Verkehrslokal b. S. Curle, Stavenstraße.

Wilhelmshaven (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Nachtquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, G. Lübeck, Bant, Goethestr. 7.

Freiburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsgeheimt bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgezahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Wilh. Berger, Wilhelmstraße 10.

Elrich (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten Abendbrot, Nachtlosgeld, Kasse und Frühstück. Besprechungsort beim Kassierer G. Claufen, Koloniestr. 22.

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Karten beim Ortsverbandskassierer G. Stabenow, Kniperdamm 21.

Baun. Durchreisende erth. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei G. Serbe, Benfischergraben 84.

Söppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsangehörigen erhalten Nachtquartier und Besprechung. Karten sind zu haben bei S. Stäbler, Bahnpoststr. 18.

Madeberg (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten die Anweisung für das Ortsverbandsgeheimt beim Ortsverbands-Schriftführer A. Gabedant, Neustraße 101.

Liegnitz (Ortsverb.). Besprechungsorten beim Ortsverbandskassierer Wilhelm Krause, Glogauerstraße 68. Verkehrslokal, „Prinz v. Preußen“, Glogauerstr.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterstützung b. Robert Genter, Schramberg, Uhländstr. 18.

Uhren u. Goldwaren
Ketten, Ringe, Arm- bänder etc. zu en gros-Preisen direkt an Private.
Prachtkatalog (320 Seiten stark) umsonst und portofrei.
Lyr-Werke Hermann Klassen in Prenzlau, Postfach Nr. U 99.

Magdeburg (Bandhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, Ratharinenstraße 2/8 II.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Eoglerkarten im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Elisabethstraße 49 (Jägers Gastwirtschaft).

Lyr-Fahrräder sind die besten u. die billigsten.
Prachtkatalog (320 Seiten stark) umsonst und portofrei.
Lyr-Fahr.-Werke Hermann Klassen in Prenzlau, Postfach Nr. F 99.